European Senior Organisation – PES-seniors
www.socialistseniors.eu

Bundesversammlung der SPD - 60 Plus Berlin, 8 Oktober 2026
Jos Bertrand, Präsident ESO – PES-senior

Liebe Menschen der SPD,

Herzlichen Gluckwunsch zu eurer Jahreskonferenz und vielen Dank für die Einladung.

Ich spreche zu euch als Vorsitzender der Europäischen Seniorenorganisation ESO, dem Seniorennetzwerk der Sozialdemokratischen Partei Europas. ***Ich freue mich über das Engagement der SPD - 60 plus in ESO.***

Lothar und Marie-Jeanne haben mich gefragt nicht nur Grüße zu überbringen, sondern Denkanstöße zu geben und die Diskussion anzuregen.

In etwa 10 Minuten mochten ich gerne meine Gedanken mit Ihnen teilen bezüglich der Rolle von uns, Senioren, bei der Gestaltung von Politik und Gesellschaft.

Ältere Menschen und Aktivisten verdienen in unseren Parteien volle Aufmerksamkeit und Anerkennung.

Sie sind erfahren, in unseren Nachbarschaften verwurzelt und halten vielerorts, Partei und Bewegung am Laufen. Sie sind nicht nur Publikum, sondern eine Stärke der Sozialdemokratie.

Sie müssen deshalb auch informiert, politisch gebildet und einbezogen werden. Leider hat das in unseren Parteien wenig Priorität. ***Es liegt an uns, dieses Thema anzusprechen und unseren Platz einzufordern***.

Als Senioren sind wir Zeuginnen und Zeugen der Vergangenheit, wollen wir als Vollständige Burgerinnen und Burger der Gegenwart mitbestimmen und der Zukunft mitgestalten.

Eine gute Zukunft lässt sich nur gestalten, wenn wir aus der Geschichte lernen. Und wir, die Senioren, sind die **Zeugen der Vergangenheit**. Was können wir der Zukunft mitgeben?

Für mich sind es drei entscheidende Lehren: Frieden entsteht durch Zusammenarbeit, Politik lebt von einer starken Zivilgesellschaft und Demokratie braucht politische Bildung.

Erstens: Frieden entsteht durch Zusammenarbeit. Wir wissen aus den Erzählungen unserer Eltern – und einige von uns aus eigener Erfahrung – wohin Nationalismus, Faschismus und Totalitarismus führen.

Unsere Generationen haben auch erlebt, wie die europäische Einigung aus Feindschaft Zusammenarbeit machte. Als Antwort auf die Verbrechen des Nationalsozialismus und Faschismus verband sie nationale Interessen durch gemeinsame Lösungen und wurde so zur erfolgreichsten Friedensbewegung unserer Geschichte.

Heute, da auf unserem Kontinent wieder Krieg herrscht, bleibt diese Lehre entscheidend: Sicherheit und Wohlstand erreicht man nicht gegeneinander, sondern miteinander. Frieden braucht Stärke, Dialog, Verhandlungen und Zusammenarbeit. Krieg kennt kein Gewinner: den höchsten Preis zahlen die einfachen Menschen.

Zweitens: Politik braucht eine starke Zivilgesellschaft. Nach dem NATO-Doppelbeschluss von 1979 brachten wir - die Parteibasis und Friedensbewegung - unsere Parteien in Bewegung, gemeinsam mit Karel Van Miert und Louis Tobback in meine Partei, Erhard Eppler und Egon Bahr in die SPD.

Die Lehre gilt bis heute: Eine Partei muss zuhören, lernen und sich mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Politik verbinden. Diese Verbindung müssen wir neu knüpfen vor Ort, in den Ländern, im Bund, in Europa. Denn die Zivilgesellschaft trägt den Alltag in die Politik. Repräsentative Demokratie braucht Partizipative Demokratie.

Wir, die Sozialdemokraten, sind die Partei, die aus der Zivilgesellschaft hervorgegangen ist. Wir dürfen diese Zivilgesellschaft jetzt nicht die andere Parteien überlassen.

Drittens: Demokratie muss gelernt werden. Oskar Negt, der Deutsche Sozialphilosoph und politische Bildner, der mich und meine Generation stark geprägt hat, sagte: „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss."

Die Frage muss mal gestellt werden: Bilden Schulen und Hochschulen auch mündige Bürgerinnen und Bürger oder nur Angestellte? Vermitteln Parteien nur Informationen; oder auch die Fähigkeit, zu erkennen, zu urteilen und zu handeln?

Politische Bildung ist die Selbstverteidigung der Demokratie. Wer Zusammenhänge versteht, fällt weniger leicht auf Feindbilder und falsche Versprechen von Populisten und Hassprediger herein.

Deshalb müssen wir an unsere Parteiführungen appellieren: ***Macht politische Bildung wieder zur Priorität: in Schulen, in Erwachsenenbildung, in die Zivilgesellschaft und in die Parteien. Wissen stärkt Urteilskraft. Bildung schafft Handlungsfähigkeit.***

Ebenso wichtig ist eine Brandmauer gegen Ideologien des Hasses und der Missachtung von Demokratie und Menschenrechten. Wir müssen unmissverständlich klarstellen, wohin diese Ideologien führen. Das gilt für rechtsextreme Kräfte in Europa ebenso wie für Netanjahu, Trump, Putin, die Ajatollahs und andere Hassprediger. Aber, die Brandmauer gegen die extreme Rechte Ideologie der Missachtung der Menschenrechte und Demokratie bleibt nur wirksam, wenn die gesamte Gesellschaft – einschließlich der Medien – sie trägt. Dass lernt uns die Praxis in Belgien.

Als Senioren wollen wir nicht nur als Zeuginnen und Zeugen der Vergangenheit gesehen werden. Als **vollwertige Bürgerinnen und Bürger** beanspruchen wir unseren Platz als **Mitwirkende in der Gegenwart**.

Unsere Generationen sind kein Kostenfaktor und nicht bloß Objekte von Pflege oder Unterstützung. Jeden Tag leisten wir unseren Beitrag – in Familien, Vereinen, Nachbarschaften, Organisationen und Parteien.

Deshalb verfolgt ESO einen rechtebasierten Ansatz. Unser Programm 2024–2029 nennt vier Prioritäten: ältere Menschen als politische Akteure anzuerkennen und Altersdiskriminierung zu bekämpfen, die Ausübung grundlegender Rechte gewährleisten, Altersfreundliche Lebensräume und angepasstes Wohnen fördern, sowie soziale Programme und kollektive Dienstleistungen solide zu finanzieren.

Die Digitalisierung zeigt, warum dieser rechtebasierte Ansatz notwendig ist. Digitale Dienste können das Leben erleichtern. Doch wenn ein Bildschirm zum einzigen Zugang zu Sozialleistungen, Renteninformationen, Bankgeschäften oder Arztterminen wird, werden Menschen ausgeschlossen. Digitale Ausgrenzung ist nicht nur ein Lernproblem, sondern eine Frage des Zugangs zu Grundrechten. Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche, menschliche Unterstützung, und deshalb fordern wir persönliche Dienstleistungen, die für alle zugänglich sind: Fortschritt darf niemanden zurücklassen.

Dasselbe gilt für unsere Wohlfahrtsstaaten. Man behauptet, dass überall gespart werden soll; angeblich nur nicht im Verteidigungsbereich.

Ich sage euch: Sicherheit ist wichtig, doch soziale und militärische Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Gesellschaft ist nicht sicher, wenn Menschen ihre Wohnung, ihre Pflege oder ihre Würde verlieren.

Das Problem ist nicht der Mangel an finanziellen Mitteln. Das Problem ist die fehlende Umverteilung der enormen Gewinne, die einige wenige anhäufen. Während die Staatshaushalte unter Druck stehen, stecken Großkonzerne und Spekulanten die Gewinne ein und entziehen sich ihrem gerechten Anteil. Auch das Kapital muss seinen fairen Beitrag zum Staatshaushalt leisten. Dies erfordert eine europäische Antwort: eine europäische Steuerpolitik.

Neben verbindlichen Haushaltszielen brauchen Europa auch verbindliche soziale Ziele: weniger Armut, weniger Ungleichheit und einen guten Zugang zu sozialen Diensten, Pflege und Gesundheitsversorgung. Wir brauchen nicht weniger Europa, sondern ein sozialeres und handlungsfähigeres Europa.

Unserem Programm finden Sie auf unserem website www.socialistseniors.eu . ***Ich werde euch dazu aufrufen, Informations- und Diskussionsveranstaltungen im Rahmen unseres Programms zu organisieren. Unsere Abgeordnete des Europäischen Parlaments oder Mitglieder des Ausschusses der Regionen werden sich gerne mit Euch in Ortsvereinen, in die Regionen über unsere Prioritäten und Anliegen austauschen.***

Zum Schluss ein Blick in die Zukunft. **Wir – Senioren - wollen die Zukunft mitgestalten**.

Der 29. April ist der Europäische Tag der Solidarität zwischen den Generationen.

Heutzutage ist mehr und mehr die Rede von Fairness oder Generationengerechtigkeit anstatt von Solidarität. Generationsgerechtigkeit darf aber nicht bedeuten, dass Jung und Alt aufeinander zeigen. Wir fördern Solidarität, das heißt Zusammenarbeit, Respekt und Dialog.

Bezahlbarer Wohnraum für junge Menschen und verlässliche Pflege für ältere Menschen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gemeinsam müssen wir eine Gesellschaft gestalten, in der jeder Mensch in jeder Lebensphase sicher, frei und würdevoll leben kann. Dafür brauchen wir Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Vereine, Kommunen, starke öffentliche Dienste und ein Europa, das verbindet statt spaltet.

Junge wie ältere Menschen beanspruchen zu Recht ihren Platz als Gestalterinnen und Gestalter der Zukunft. Wir Älteren bringen unsere Erfahrungen ein. Daraus muss ***ein Bündnis zwischen Alt und Jung - zwischen Jungsozialisten und 60-plus entstehen – gegen Nationalismus, Totalitarismus und Polarisierung***. ***Machen wir den 29. April 2027 gemeinsam zu einem kraftvollen Europäischen Tag der Solidarität zwischen den Generationen*.**

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind nicht zu alt, um neu aufzubrechen, sondern erfahren genug, um zu wissen, worum es geht. Frieden braucht Zusammenarbeit, Politik braucht Beteiligung, Demokratie braucht politische Bildung und Solidarität braucht uns alle, Jung und Alt gemeinsam.

Lasst uns unsere Stimme erheben, unsere Türen öffnen und Hoffnung organisieren.

Ich wünsche euch eine erfolgreiche Konferenz und den Mut, unsere gemeinsamen Werte in gemeinsames Handeln umzusetzen.

Vielen Dank.